

ÄNDERUNGSANTRAG Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz (CDU) Stadtrat Hubert Buchmüller (CDU) CDU-Gemeinderatsfraktion vom 20.04.2009	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	61. Plenarsitzung Gemeinderat 21./22.04.2009 1736 8 öffentlich
Grünprojekt 2015, Landschaftspark Rhein		

Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung, sich mit dem Modul „Hofgut Maxau und Umgebung“ beim zuständigen Ministerium für das „Grünprojekt 2015“ zu bewerben.

Sachverhalt / Begründung:

Die CDU-Fraktion begrüßt es grundsätzlich, dass Karlsruhe mit Hilfe des Masterplan-Leitprojekts „Landschaftspark Rhein“ näher an den Rhein herangeführt werden soll und für die Bürgerinnen und Bürger damit neue Naherholungsmöglichkeiten entstehen. Auch wir wollen die Attraktivität und den Freizeitwert der Landschaftsstriche am Rhein nachhaltig steigern.

Das „Grünprojekt 2015“ kann eine Möglichkeit sein, einen gewissen Zuschussbetrag zur Umsetzung der vorhandenen Ideen zu erhalten. Jedoch ist der zu erwartende Zuschussbetrag bei errechneten Gesamtkosten von fast 30 Millionen Euro mit maximal zwei Millionen Euro sehr gering.

Kernstück des Landschaftsparks sind die Planungen zum Hofgut Maxau sowie dessen Umgebungsbereich. Deshalb sollte auch nur dieses Modul in die Bewerbung einfließen; weitere Überlegungen bzw. Module sollten darin derzeit nicht berücksichtigt werden.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und der finanziellen Prognosen sollte die Stadt eine realistische und tatsächlich realisierbare Bewerbung abgeben, zumal die zu erwartenden Fördermittel auch nur einen geringen Teil der Kosten eines Moduls „Hofgut Maxau“ abdecken würden. Würde die Stadt sich mit

dem Gesamtprojekt bewerben, würde sie sich selbst einerseits unter Zugzwang setzen und andererseits hohe Erwartungen wecken.

Unabhängig davon sollte mit dem Land dennoch über anderweitige Fördermöglichkeiten zur Verwirklichung weiterer Module – wie beispielsweise der Rheinbrücken – verhandelt werden.

unterzeichnet von:

Gabriele Luczak-Schwarz

Hubert Buchmüller

Hauptamt - Sitzungsdienste -

21. April 2009